



**Guido Graf,
Luzerner
Regierungsrat**

«Werden weiter Druck machen»

red. Die Forderung aus Luzern hatte letzten Sommer für Schlagzeilen gesorgt: Guido Graf, Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements, hatte den Bundesrat damals in einem Brief aufgefordert, Asylsuchende aus Eritrea nicht mehr als Flüchtlinge anzuerkennen. Zum selben Thema hatte der Kanton eine Standesinitiative eingereicht. Der Ständerat stellte sich nun am Montag sehr klar gegen diese Forderung – er erteilte ihr mit 31 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Absage. Einzig die Luzerner Vertreter und zwei SVP-Ständeräte stimmten zu.

NACHGEFRAGT

Das Parlament sei der falsche Adressat für eine Praxisänderung, begründete Kommissionssprecher Philipp Müller (FDP, Aargau) die Ablehnung. Das Parlament sei für die Gesetzgebung und nicht für die Rechtsanwendung zuständig. Die Praxis ändern könne nur das Staatssekretariat für Migration (SEM). Was sagen Sie dazu?

Guido Graf: Grundsätzlich stelle ich fest, dass auch Philipp Müller sich dahingehend geäußert hat, dass in der Praxis mit der Anerkennungsquote im Vergleich zu Gesuchen aus Syrien in der Praxis etwas falsch laufe. Der Argumentation, dass das Parlament nicht für die Rechtsanwendung zuständig sei, kann ich folgen.

Hoffen Sie auf den Nationalrat?

Graf: Zuerst einmal will ich festhalten, dass es eine Standesinitiative des Luzerner Kantonsrates und nicht der Regierung ist. Wichtig ist aus meiner Sicht die öffentliche Debatte und dass zur Kenntnis genommen wird, dass es für die Rechtsanwendung durchaus noch andere Informationsquellen als den Bericht des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge gibt.

Was, wenn der Nationalrat ebenfalls ablehnt?

Graf: Wir werden weiter politischen Druck machen, damit die Verantwortlichen beim Bund Lösungen anstreben und nicht einfach tatenlos eine weitere Zuwanderung von Eritreern hinnehmen.